

# Warum Ziviler Ungehorsam nicht radikal ist.

*Aktualisierung aus Juni 2024*

Am 29. Juni mobilisieren nun ein Großteil der Kräfte der politischen Linken nach Essen um den Bundesparteitag der AfD zu stören, sich diesem zu widersetzen. Dabei beruft sich die Kampagne "widersetzen" auf das Konzept des "Zivilen Ungehorsams". Wir als Revolutionäre freuen uns natürlich über jede:n die:der Widerstand leisten will gegen den immer weiter voranschreitenden Rechtsruck, welcher sich nun in den Europawahlen nochmal deutlich abgezeichnet hat. Mit Zivilem Ungehorsam befinden sich jene Verbündete unseres Erachtens allerdings in einer Sackgasse, weshalb wir unter diesem ein wenig provokanten Titel unsere 2019 formulierte politische Kritik an diesem Konzept zusammen mit einem Vorschlag wie wir tatsächlich gewinnen können, teilen wollen.

## Was ist Ziviler Ungehorsam und woher kommt er?

Ideengeschichtlich wird der Ursprung des Begriffs dem Liberalisten und Selbstverwirklicher Henry D. Thoreau zugeordnet, der im 19. Jahrhundert eine (!) Nacht im Gefängnis verbrachte, da er sich geweigert hatte Steuern zu bezahlen und daraufhin seinen Akt des „zivilen Ungehorsams“ zum politischen Prinzip erklärte. Da-zu schrieb er seinen berühmten Essay „Civil Disobedience“ (auf deutsch „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“). Später wurde das Konzept noch von anderen Theoretiker:innen wie Hannah Arendt und Jürgen Habermas aufgegriffen. In der Theorie handelt es sich bei Zivilen Ungehorsam um einen angekündigten Regelübertritt, mit dem man auf einen gesellschaftlichen Missstand aufmerksam machen will. Sobald diese Aufmerksamkeit erzeugt ist, kümmern sich die gesellschaftlichen Mechanismen dann darum, den Missstand zu beheben. Plakatives Beispiel: Eine Gruppe Menschen den Eingangsbereich eines Hotels in dem eine rechtspopulistische Partei eine Tagung hat. Die Menschen

werden geräumt und verhaftet aber die Medien und „die Politik“ merken wie wichtig den Menschen der Kampf gegen die Rechten ist und kommen dabei auf den Gedanken, dass sie doch selber härtere Maßnahmen gegen Rechtspopulisten unternehmen sollten. Da es hauptsächlich um die erzeugte Aufmerksamkeit geht, ist es auch nicht notwendig Gewalt dabei einzusetzen, im Gegenteil erscheint es sogar oft als vorteilhaft sich mit „gewaltfrei“ zu labeln, um die Öffentlichkeit leichter auf der eigenen Seite zu halten. In jedem Fall aber ist es nicht vorgesehen, den Staat anzugreifen, da man ja nur durch diesen symbolischen Regelübertritt eine Öffentlichkeit schaffen will und die dafür vorgesehen Strafe sogar akzeptiert. „Im Gegensatz zum Revolutionär“, schreibt dazu der bürgerliche Theoretiker Carl Cohen, „akzeptiert der zivile Gehorsamsverweigerer den Rahmen der bestehenden Autorität und die generelle Rechtmäßigkeit der Rechtsordnung.“ Zu Grunde liegt der ganzen Theorie ein sehr idealistisches Verständnis vom bürgerlichen Staat. Demnach sei dieser eine Art Kompromiss der Interessen seiner „Bürger“, der jedoch nur dann zufriedenstellend gelinge, wenn jedes Individuum den Staat nach seinen eigenen moralischen Vorstellungen zu gestalten versuche. Der Zivile Ungehorsam bezeichnet dabei den Ausgleich zwischen dem Individuum als Staatsbürger und als moralisches Subjekt: Der:die einzelne Bürger:In soll durch ggf. ungehorsam-es Verhalten den Staat im Sinne der eigenen moralischen Überzeugungen beeinflussen. Somit soll die Staatsgewalt zu einem wahrhaft ausgeglichenen System ergänzt werden.

## **Was ist daran problematisch?**

Es ist wichtig zu verstehen, dass im Kapitalismus die Dinge nicht einfach passieren, weil sie „sinnvoll“ sind. Es wäre sinnvoll niemanden hungern zu lassen, statt 2/3 der Lebensmittel wegzuschmeißen. Es wäre sinnvoll niemanden im Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in Lager zu sperren. Es wäre sinnvoll den Planeten nicht zu zerstören. Die Dinge passieren im Kapitalismus aus genau zwei Gründen: Entweder es bringt Profit oder wir haben es erkämpft. Entweder es liegt im Interesse der herrschenden Klasse oder die Unterdrückten haben es ihnen abgerungen. Warum reden wir jetzt schon wieder davon? Weil es nicht ausreicht, darauf aufmerksam zu machen,

dass etwas nicht gut ist. Die AfD ist selber nur ein Symptom der kapitalistischen Krise, und der Rechtsruck für weite Teile der Bourgeoisie notwendig um eigene Stellung und Profite zu verteidigen. Es ist auch eine falsche Vorstellung, dass der Staat schon macht was er soll, wenn man es ihm nur sagt. Der Staat steht im Kapitalismus nämlich nicht über den Klasseninteressen, im Gegenteil ist genau er dafür verantwortlich, dass die Herrschaft des Kapitals mit Gewalt aufrecht erhalten und der Widerstand dagegen unterdrückt wird. Wenn wir Freiheit und Gerechtigkeit wollen, müssen wir diesen Staat also kaputt machen und dürfen uns nicht mit Bitten an ihn begnügen.

## **Was wäre eigentlich radikal?**

Radikal heißt die Dinge an der Wurzel packen. Die Wurzel des Rechtsrucks liegt im Kapitalismus und in der kapitalistischen Produktionsweise die zwangsläufig zu Krisen führt. Zur Überwindung dessen, müssen wir die Lohnabhängigen dafür gewinnen, die Kapitalist:innen zu enteignen und die Produktion gemeinsam nach unseren Bedürfnissen und im Sinne des Planeten zu gestalten. Das würde mehr bedeuten als nur einen Missstand im System beheben, der Staat würde sich gegen uns stellen, wir müssten mit allen Mitteln für unsere Freiheit kämpfen. Statt nur Aufmerksamkeit zu erzeugen und uns darauf zu verlassen, dass die Herrschenden handeln werden, müssen wir unsere Ziele erzwingen, durch Streiks, Besetzungen, Enteignungen. Uns fehlen nicht Sitzblockaden vor jedem AfD Landesparteitag, uns fehlt eine Bewegung die in den Schulen und Betrieben in Opposition zu AfD und anderen Rechten geht und für echte Krisenlösungen kämpft. Uns fehlen nicht Sitzblockaden bei jeder rechten Demo, uns fehlen antifaschistische Selbstverteidigungsstrukturen die uns vor Gewalt durch Rechte schützen und Rechte Raumnahe aktiv unterbinden. Der Streik trifft dieses System in seinem Herzen, dem Profit. Wo gestreikt wird, kann kein Profit mehr fürs Kapital produziert werden, es wird gezwungen, den Streik zu zerschlagen oder auf unsere Forderungen einzugehen. Gleichzeitig werden wir in die Lage versetzt die Betriebe zu besetzen und auf eine wirklich nachhaltige Art und Weise für uns selbst zu produzieren.

# **Militant oder gewaltfrei? Kollektiv oder individuell?**

So schön es andernfalls auch wäre: Dass der Staat bereit ist, sich regenden Widerstand mit aller Kraft zu zerbrechen, hat er uns oft genug bewiesen. Dabei ist es nicht ausschlaggebend wie der Protest selbst agiert, auch Sitzblockierer:innen werden mit Schmerzgriffen abtransportiert und im Sichtschutz von Bullenwagen zusammengeschlagen. Wir müssen uns also verteidigen, selbst wenn wir nur grundlegende Rechte wie unsere Versammlungsfreiheit wahrnehmen wollen. Wichtig dabei ist es kollektiv vorzugehen, denn durch Aktionen kollektiver Selbstermächtigung gelangen wir sogar in die Situation, dass große gesellschaftliche Veränderungen wie Enteignungen usw. auf einmal möglich werden. In dieser Hinsicht muss man auch zwischen verschiedenen Akteur:Innen Zivilen Ungehorsams unterscheiden, da Massenaktionen wie Ende Gelände viel mehr Potential haben als individuelle Steuerverweigerung.

## **Führungskrise der Arbeiter:Innenbewegung**

Dass Ziviler Ungehorsam für viele so attraktiv ist, hat auch damit zu tun, dass die eigentliche Arbeiter:innenbewegung hier sehr schwach geworden ist und planlos umherirrt. Schlimmer noch, die Führung der Lohnabhängigen, also die Spitzenposten von SPD, Linkspartei und den Gewerkschaften, haben sich mit ihren Privilegien und hohen Gehältern ganz gut eingerichtet mit diesem Schweinesystem und verraten mit ihrer „Sozialpartnerschaft“ ihre Klasse. Das hat aber auch dazu geführt, dass Streiks und andere ursprünglich revolutionäre Kampfformen der Arbeiter:Innenklasse neuen Aktivist:Innen gar nicht mehr so radikal vorkommen und sie sich dem modern wirkenden Zivilen Ungehorsam anschließen. Unser Ziel muss es aber sein, diese Führungskrise mit einem revolutionären Programm aufzuheben, denn die Macht einer organisierten Arbeiter:innenklasse wäre heute größer als je zuvor.

# **Warum wir trotzdem alle nach Essen fahren müssen!**

Große Mobilisierungen sind oft stärkende Momente der dahinterstehenden Bewegung. Die Entschlossenheit, mit der wir bei am letzten Juni Wochenende vorgehen, gibt uns auch die Erfahrung, dass wir Erfolge auch gegen den Staat prinzipiell erreichen können. In der gemeinsamen Tat können wir dabei über unsere verschiedenen Ansätze diskutieren und sie an der Praxis überprüfen. Fahrt also alle mit uns nach Essen am 29.06. nach Essen und lasst uns dieses Zeichen setzen, auch wenn wir nicht dabei stehen bleiben!

---

## **Ende Gelände - der militante Teil der Umweltbewegung?**

*Wilhelm Schulz/Martin Suchanek*

Zwischen

Freitag, dem 29. November, und Sonntag, dem 1. Dezember 2019, fanden erneute Aktionstage des Bündnisses „Ende Gelände“ (EG) statt.

Diesmal führten sie ins Lausitzer Braunkohlerevier. An den vielfältigen Aktionen und Blockaden beteiligten sich rund 4.000 Menschen, denen es für einige Stunden gelang, in die Kohlegruben einzudringen, Bagger zu besetzen und Bahngleise zu blockieren. Der Abbau wurde so zeitweilig gestoppt oder wenigstens verringert.

Auf

dieser symbolischen Ebene waren die Aktionen trotz massiver Hetze der regionalen und lokalen Medien, Politik, WirtschaftsvertreterInnen und auch der Gewerkschaften ein politischer Erfolg.

In

den Kohlerevieren im Rheinland begrüßte, ja unterstützte die Mehrheit der Bevölkerung die Besetzung des Hambacher Forstes. Letztlich war es diese Bewegung, die sich immer wieder in Massendemonstrationen äußerte und eine zeitweilige Aussetzung der Rodung des „Hambi“ erzwang.

## **Vorfeld**

Anders

in der Lausitz. Die Mehrheit steht dort EG, wie allen anderen Kräften der Umweltbewegung, skeptisch bis offen feindlich gegenüber - was sich auch im Vorfeld auf verschiedene Weise äußerte.

Es

ist kein Zufall, dass sich in der Lausitz mehr und mehr die AfD als angebliche Verteidigerin einer Heimat breitmacht, die von den Baggern abgetragen werden soll. In ihr und ihrem Umfeld tummeln sich offen Nazi und RassistInnen, die mit physischen Angriffen auf AktivistInnen von EG drohten und drohen.

Die

Bilder und Postings von Bullen unter dem Motto „Stoppt Ende Gelände“ stießen nicht nur auf weitere Verbreitung unter Rechten und mediales Aufsehen. Sie verdeutlichen einmal mehr, wie verbreitet rechtes und rechtsradikales Gedankengut bei den „Sicherheitskräften“ nicht nur in Brandenburg und Sachsen sind.

Bei

den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen verbuchten zwar die Grünen den Einzug in die Koalitionsregierung mit CDU und SPD als „Erfolg“, der freilich auf Kosten der Bewegung erkaufte wurde. Beide Landesregierungen sprachen sich klar und deutlich gegen EG aus. Die Grünen distanzieren sich offen von ihren WählerInnen. Sie verteidigen den sog. „Kohlekompromiss“, der ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 (!) vorsieht. An dem soll nicht gerüttelt werden - auch nicht von der einstigen WählerInnenschaft.

Von

der SPD erwartet in Brandenburg und Sachsen ohnedies niemand, dass sie sich mit Kapitalinteressen anlegt. In Cottbus einigte sich auch die „oppositionelle“ Linkspartei mit allen Fraktionen des Stadtparlaments (außer den Grünen) auf eine gemeinsame Entschließung. Am Mittwoch, den 27. November, votierten sie gemeinsam mit der AfD für ein Papier, das mit „Kohlekompromiss umsetzen, Meinungen respektieren, gewaltfrei debattieren“ überschrieben ist und die „Gewalt“ verurteilt, die von EG ausginge. Die nachträgliche Distanzierung von VertreterInnen der Brandenburger Linkspartei kann hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ihre Cottbusser „GenossInnen“ mit dem Rechtspopulismus gemein machten.

Und

natürlich darf auch die kapitalhörige IG BCE nicht fehlen, wenn es darum geht, für den vermeintlich „eigenen“ Konzern die Kohlen nicht nur aus der Grube zu holen, sondern sich auch schon für deren Profite stark zu machen, so dass noch einige Jahre „Zusammenarbeit“ abfallen.

All

dieses zeigt, wie sehr sich reformistische und grüne Parteien, aber auch die Gewerkschaften dem Rechtsruck und „ihren“ Unternehmen unterordnen und anpassen. Sie mögen damit hoffen, die Basis in der Bevölkerung nicht zu verlieren – in Wirklichkeit erreichen sie genau das nicht.

Eine

klassenpolitische Antwort müsste auf Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne, Umbau der Industrie unter ArbeiterInnenkontrolle, Aufteilung der Arbeit auf alle Hände durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeiten, finanziert aus Profiten und Großvermögen, konzentrieren. So könnte auch eine Brücke zur Umweltbewegung, zu

antikapitalistischen AktivistInnen von EG geschlagen und diese auch dafür gewonnen werden, in den ArbeiterInnen Verbündete zu sehen und nicht bloß passive Betroffene, denen auch bestenfalls geholfen werden soll.

Auch

wenn dieses Händeschütteln, ähnlich wie im Hambi, von beiden Seiten nicht stattfindet - all das verdeutlicht die qualitativ anderen Voraussetzungen des Protests in der Lausitz. Das spricht keineswegs gegen EG und andere Protestierende aus der Umweltbewegung. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe sowie für das schnellstmögliche Ende der Braunkohleverstromung samt einer Energieproduktion, die sich auf fossile Träger stützt, muss auch dort thematisiert werden. Es war daher richtig, auch in der Lausitz ein Zeichen zu setzen und vor dem öffentlichen Druck, der Hetze und selbst physischen Drohungen Rechter nicht einzuknicken.

**Vor**

**Ort**

Als

REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht entschieden wir uns, zu den Protesten zu mobilisieren. So nahmen GenossInnen aus Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an den Aktionen teil. Hier beteiligten wir uns vor allem an der von Fridays for Future und einigen NGOs ausgerufenen Demonstration in Jänschwalde. Ebenfalls schickten wir ein Kontingent von AktivistInnen zu den zentralen Protestaktionen von EG, somit in die Tagebaue.

Die

Blockadeaktionen von EG wurden aus drei Städten organisiert (Berlin, Dresden, Leipzig). Von hier aus sollten unterschiedliche Orte in und um die vier aktiven Braunkohleabbaugebiete im Revier organisiert werden. Neben den jeweils lokalen Fingern, die in verschiedene Unterstrukturen aufgeteilt waren, gab es auch einen inklusiven (bunten) und einen feministischen (lila) Finger. Kurz zuvor wurde ein



weiterer Finger, die sogenannten AntiKohleKidz (Slogan „AKK positiv besetzen“), der sich scheinbar stärker aus SchülerInnen aus FFF zusammensetzte, ausgerufen. Dieser war rund um das Kraftwerk Jänschwalde aktiv. Allein der rote Finger aus Berlin, neben dem noch Teile von AKK, der bunte und der lila Finger anreisten, teilte sich in drei Teile auf.

Auch

die Polizei war vor Ort. Diese griff zwar vereinzelt AktivistInnen an - insgesamt war es jedoch leicht, an den PolizistInnen vorbei auf das Gelände zu kommen. Offenkundig wollten Landesregierungen und LEAG/MIBRAG Bilder prügelnder PolizistInnen und Massenfestnahmen vermeiden - und nahmen dafür einen kurzzeitigen Produktionsausfall und einen symbolischen Erfolg von EG in Kauf. So wurden insgesamt 29 Strafanzeigen gestellt. Auch versuchte die Polizei schnellstmöglich, Gewalt darstellende Bilder auf ihre Echtheit zu überprüfen. Was nicht bedeutet, dass unsere Delegation nicht eindeutig unterschiedliche Formen der Polizeigewalt vor Ort sehen und erleben musste.

## **Schwäche**

Das

sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch einer selbstkritischen Bilanz von EG selbst bedarf.

Anders

als bei den Aktionen im Rheinland und der letzten Besetzungsaktion in der Lausitz wurde diesmal kein Camp organisiert, von dem aus die Aktionen vorbereitet oder koordiniert wurden. Ein möglicher Grund dafür war jedoch nicht fehlende Logistik oder finanzielle Ressourcen, sondern scheinbar die Angst vor Nazis und noch schlimmer vor der lokalen Bevölkerung. Diese war deutlich auch bei der Aktion spürbar. So appellierten viele von EG bei der Abfahrt aus der Kohlegrube in den LEAG-Bussen (!) zum Bahnhof an die Polizei, dass diese DemonstrantInnen vor etwaigen rechten Übergriffen schützen

müsse. Hier kippte der „staatskritische“ Protest in den Hilferuf an die Staatsgewalt um.

Dies

spiegelt das Fehlen einer politischen Konzeption, von Forderungen wider, wie die Beschäftigten und die Bevölkerung einer krisengeschüttelten, benachteiligten Region für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden können.

Ohne

eine solche Orientierung, die Klimaschutz und den Kampf für die Klasseninteressen der Beschäftigten zu verbinden versucht, müssen notwendigerweise alle Erklärungen an die Beschäftigten in der Kohleindustrie, an die lohnabhängige Bevölkerung, an Hartz-IV-EmpfängerInnen, ArmutsrenterInnen oder perspektivlose Jugendliche als rein moralisierende Kritik überkommen.

Eine

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Interviews mit LEAG-Beschäftigten geführt wurden, zeigt eindrucksvoll auf, dass die Arbeiter\_innen um ihre Jobs fürchten und sich vom Kohlekonzern und der Lokalpolitik gegen die Umweltbewegung in Stellung bringen lassen<sup>1</sup>.

Mit Blick auf den aktuellen nationalistischen Freudentaumel der 30-Jahre Mauerfall Feierlichkeiten wird deutlich, dass sich die Beschäftigten noch gut an die massive De-Industrialisierung ihrer Region erinnern können. Es ist deshalb unsere Aufgabe, den Beschäftigten in der Braunkohle eine Perspektive aufzuzeigen, indem wir die soziale Frage fest in unsere Klimaforderungen integrieren. Unkonkrete Floskeln vom „sozialverträglichen Kohleausstieg“, wie sie bei EG üblich sind, werden da nicht ausreichen. Ebenso nicht der Verweis auf die weitaus schlimmeren Folgen des Klimawandels für Menschen im globalen Süden, verglichen mit den sozialen Folgen einer Schließung der Tagebauten für die Lausitzer\_Innen<sup>2</sup>.

EG

steht zwar - und darin unterscheidet es sich positiv von anderen Teilen der Umweltbewegung - für Antikapitalismus. Aber dieser scheint ohne Klassensubjekt auskommen zu wollen. Das drückt sich auch in der Aktionsform des zivilen Ungehorsams aus. Gegenüber Methoden Klassenkampfes wie zB. dem Streik stellt der zivile Ungehorsam keine Form der Selbstermächtigung dar, sondern verkörpert lediglich einen symbolischen Apell an den bürgerlichen Staat, dessen Existenz allgemein akzeptiert wird. Auch wenn von Massenblockaden die Rede ist, so wird sich der Aufbau der Bewegung als Addition von Individuen und Kleingruppen (Bezugsgruppen) vorgestellt. Es ist natürlich durchaus sinnvoll, sich in Aktionen in Bezugsgruppen aufzuteilen - aber eine Klassen- und damit eine Massenbewegung kann nie eine von Kleingruppen oder eine bloße Addition von Individuen sein. Sie stützt sich immer auch auf politische Organisationen, gewerkschaftliche oder soziale Massenorganisationen oder Kampforgane wie Räte, Aktionskomitees, die die Integration, Repräsentation und koordinierte Aktion großer Massen ermöglichen.

Ihre

Demokratie muss daher notwendigerweise eine sein, die sich auf Massenversammlungen, Entscheidungen, Wahl, Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht stützt.

Das

System der Bezugsgruppen, der Delegiertenplena wie der Pseudo-Klandestinität von EG hingegen entspricht nicht einer Massenbewegung, sondern einer größeren Ansammlung entschlossener EinzelaktivistInnen, wie es in radikaleren Formen des „zivilen Ungehorsams“ zum Ausdruck kommt. Aus dieser Perspektive erklärt sich auch, wieso eine derartige Geheimhaltungspolitik bezüglich der konkreten Blockadepunkte existierte. Diese sind, bis auf einen unbekanntem Kreis, bis zur konkreten Blockadeaktion geheim geblieben. Eine Unterstützung dieser war nur für Anreisende aus den jeweiligen Städten möglich.

## **Perspektive der Bewegung**

Die

Aktionen von EG, der Aktionswoche von XR wie auch die Streiks von Fridays for Future verdeutlichen die Notwendigkeit einer politischen und strategischen Diskussion in der Umweltbewegung. Gerade angesichts der kommenden Wirtschaftskrise erlangt die Verbindung von Klimaschutz, Antikapitalismus und ArbeiterInnenklasse gegen die Krise eine strategische Bedeutung. Gelingt der Schulterschluss in der gemeinsamen Aktion nicht, so droht die Umweltbewegung in eine Sackgasse zu geraten und die Kluft zwischen ihr und gewichtigen Teilen der Lohnabhängigen vertieft zu werden.

Zweifellos

bringen die Bündnisse und Bewegungen wie EG, FFF und XR dabei auch enorme Stärken ein, allen voran einen grenzübergreifenden Charakter. Es mangelt jedoch an verbindlicher globaler Vernetzung zum koordinierten Widerstand, der über einzelne Aktionstage hinausgeht. Zweitens muss die Klassenfrage mit der Umweltbewegung verbunden, genauer, der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit als integraler Teil des Klassenkampfes begriffen werden.

Um all dies zu leisten, benötigen wir ein Aktionsprogramm, das an Schulen und Unis, vor allem aber auch in Betrieben und das heißt auch in den Gewerkschaften verankert ist. Dafür müssen AntikapitalistInnen aktiv werden, dazu bedarf es Aktionskonferenzen und Foren des Austausches und Beschlussfassung, ähnlich den Sozialforen zu Beginn des Jahrhunderts. So kann die Bewegung gestärkt aus einer strategischen Diskussion hervorgehen.

*Quellen:*

*1 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin 2019. [Online im Internet:] [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Studien\\_4-19\\_Nac](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nac)*

*h\_der\_Kohle.pdf*

2 Vgl. *junge welt*, 29.11.19. [Online im Internet:]  
<https://www.jungewelt.de/artikel/367752.aktionen-f%C3%BCr-klimagerechtigkeit-es-gibt-nach-wie-vor-ein-gro%C3%9Fes-potential.html>

---

# **Warum Ziviler Ungehorsam nicht radikal ist.**

Nahezu alle, die sich für die Radikalisierung der Umweltbewegung einsetzen, von XR über Ende Gelände zu einer Großzahl der Aktivist\_Innen in der antikapitalistischen Plattform Changeforfuture (CFF), haben eins gemeinsam: die Berufung auf das Konzept "Ziviler Ungehorsam". Wir als Revolutionäre freuen uns natürlich über jede\_n, die angesichts der faulen Kompromissvorschläge seitens der Regierung den Widerstand verstärken wollen, anstatt sich mit bloßer Aufmerksamkeit zu begnügen. Mit Zivilem Ungehorsam befinden sich jene Verbündete unseres Erachtens allerdings in einer Sackgasse, weshalb wir unter diesem ein wenig provokanten Titel hier eine politische Kritik formulieren wollen und einen Vorschlag, wie wir tatsächlich gewinnen können.

## *Was ist Ziviler Ungehorsam und woher kommt er?*

Ideengeschichtlich wird der Ursprung des Begriffs dem Liberalisten und Selbstverwirklichter Henry D. Thoreau zugeordnet, der im 19. Jahrhundert eine (!) Nacht im Gefängnis verbrachte, da er sich geweigert hatte Steuern zu bezahlen und daraufhin seinen Akt des „zivilen Ungehorsams“ zum politischen Prinzip erklärte. Dazu schrieb er seinen berühmten Essay „Civil Disobedience“ (auf deutsch „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“). Später wurde das Konzept noch von anderen Theoretiker\_innen wie Hannah Arendt und Jürgen Habermas aufgegriffen.

In der Theorie handelt es sich bei Zivilem Ungehorsam um einen

angekündigten Regelübertritt, mit dem man auf einen gesellschaftlichen Missstand aufmerksam machen will. Sobald diese Aufmerksamkeit erzeugt ist, kümmern sich die gesellschaftlichen Mechanismen dann darum, den Missstand zu beheben. Plakatives Beispiel: Ein Mensch kettet sich an einen Kohlebagger, wird zwar sofort davon losgeschnitten und verhaftet, die Medien und die „Politik“ bemerken allerdings wie wichtig dieser Person das Thema mit der Kohle war, kommen darüber ins Grübeln, dass das mit der Kohleverstromung doch nicht so die beste Idee war und schwuppdwupp – Climate Justice. Da es hauptsächlich um die erzeugte Aufmerksamkeit geht, ist es auch nicht notwendig Gewalt dabei einzusetzen, im Gegenteil erscheint es sogar oft als vorteilhaft sich mit „gewaltfrei“ zu labeln, um die Öffentlichkeit leichter auf der eigenen Seite zu halten. In jedem Fall aber ist es nicht vorgesehen, den Staat anzugreifen, da man ja nur durch diesen symbolischen Regelübertritt eine Öffentlichkeit schaffen will und die dafür vorgesehen Strafe sogar akzeptiert. „Im Gegensatz zum Revolutionär“, schreibt dazu der bürgerliche Theoretiker Carl Cohen, „akzeptiert der zivile Gehorsamsverweigerer den Rahmen der bestehenden Autorität und die generelle Rechtmäßigkeit der Rechtsordnung.“

Zu Grunde liegt der ganzen Theorie ein sehr idealistisches Verständnis vom bürgerlichen Staat. Demnach sei dieser eine Art Kompromiss der Interessen seiner „Bürger“, der jedoch nur dann zufriedenstellend gelinge, wenn jedes Individuum den Staat nach seinen eigenen moralischen Vorstellungen zu gestalten versuche. Der Zivile Ungehorsam bezeichnet dabei den Ausgleich zwischen dem Individuum als Staatsbürger und als moralisches Subjekt: Der\_ die einzelne Bürger\_ In soll durch ggf. ungehorsames Verhalten den Staat im Sinne der eigenen moralischen Überzeugungen beeinflussen. Somit soll die Staatsgewalt zu einem wahrhaft ausgeglichenen System ergänzt werden.

### *Was ist daran problematisch?*

Es ist wichtig zu verstehen, dass im Kapitalismus die Dinge nicht einfach passieren, weil sie „sinnvoll“ sind. Es wäre sinnvoll niemanden hungern zu lassen, statt 2/3 der Lebensmittel wegzuschmeißen. Es wäre sinnvoll niemanden im Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in Lager zu sperren. Es wäre sinnvoll den Planeten nicht zu zerstören. Die Dinge passieren im

Kapitalismus aus genau zwei Gründen: Entweder es bringt Profit oder wir haben es erkämpft. Entweder es liegt im Interesse der herrschenden Klasse oder die Unterdrückten haben es ihnen abgerungen. Warum reden wir jetzt schon wieder davon? Weil es nicht ausreicht, darauf aufmerksam zu machen, dass etwas nicht sinnvoll ist. RWE kennt doch selbst die eigenen Bilanzen am besten, weiß doch ganz genau, dass ihr Geschäft die Erde zu Grunde richtet, aber ihr Geschäft ist ihnen alles, deswegen ist es egal.

Es ist auch eine falsche Vorstellung, dass der Staat schon macht was er soll, wenn man es ihm nur sagt. Der Staat steht im Kapitalismus nämlich nicht über den Klasseninteressen, im Gegenteil ist genau er dafür verantwortlich, dass die Herrschaft des Kapitals mit Gewalt aufrecht erhalten und der Widerstand dagegen unterdrückt wird. Wenn wir Freiheit und Klimagerechtigkeit wollen, müssen wir diesen Staat also kaputt machen und dürfen uns nicht mit Bitten an ihn begnügen.

### *Was wäre eigentlich radikal?*

Radikal heißt die Dinge an der Wurzel packen. Die Wurzel des Klimawandels liegt unserer Meinung nach im Kapitalismus und insbesondere im Privateigentum an den Produktionsmitteln. Zur Überwindung dessen, müssen wir die Lohnabhängigen dafür gewinnen, die Kapitalist\_Innen zu enteignen und die Produktion gemeinsam nach unseren Bedürfnissen und im Sinne des Planeten zu gestalten. Das würde mehr bedeuten als nur einen Missstand im System beheben, der Staat würde sich gegen uns stellen, wir müssten mit allen Mitteln für unsere Freiheit kämpfen.

Statt nur Aufmerksamkeit zu erzeugen und uns darauf zu verlassen, dass die Herrschenden handeln werden, müssen wir unsere Ziele erzwingen, durch Streiks, Besetzungen, Enteignungen. Uns fehlt nicht eine Sitzblockade vor dem Supermarkt, uns fehlen koordinierte Streiks der Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie. Uns fehlt nicht eine Menschenkette vor dem Flughafen, uns fehlt die durch die Gewerkschaften getragene Forderung nach kostenlosem Schienenverkehr für alle. Uns fehlt nicht der halbjährliche Ausflug in die Kohlegrube, uns fehlt ein Generalstreik, der die demokratische Kontrolle über die Strom- und die gesamte Produktion erkämpft.

Der Streik trifft dieses System in seinem Herzen, dem Profit. Wo gestreikt wird, kann kein Profit mehr fürs Kapital produziert werden, es wird gezwungen, den Streik zu zerschlagen oder auf unsere Forderungen einzugehen. Gleichzeitig werden wir in die Lage versetzt die Betriebe zu besetzen und auf eine wirklich nachhaltige Art und Weise für uns selbst zu produzieren.

### *Militant oder gewaltfrei? Kollektiv oder individuell?*

So schön es andernfalls auch wäre: Dass der Staat bereit ist, sich regenden Widerstand mit aller Kraft zu zerbrechen, hat er uns oft genug bewiesen. Dabei ist es nicht ausschlaggebend wie der Protest selbst agiert, auch Sitzblockierer\_Innen werden mit Schmerzgriffen abtransportiert und im Sichtschutz von Bullenwagen zusammengeschlagen. Wir müssen uns also verteidigen, selbst wenn wir nur grundlegende Rechte wie unsere Versammlungsfreiheit wahrnehmen wollen. Wichtig dabei ist es kollektiv vorzugehen, denn durch Aktionen kollektiver Selbstermächtigung gelangen wir sogar in die Situation, dass große gesellschaftliche Veränderungen wie Enteignungen usw. auf einmal möglich werden. In dieser Hinsicht muss man auch zwischen verschiedenen Akteur\_Innen Zivilen Ungehorsams unterscheiden, da Massenaktionen wie Ende Gelände viel mehr Potential haben als individuelle Steuerverweigerung.

### *Führungskrise der Arbeiter\_Innenbewegung*

Dass Ziviler Ungehorsam für viele so attraktiv ist, hat auch damit zu tun, dass die eigentliche Arbeiter\_Innenbewegung hier sehr schwach geworden ist und planlos umherirrt. Schlimmer noch, die Führung der Lohnabhängigen, also die Spitzenposten von SPD, Linkspartei und den Gewerkschaften, haben sich mit ihren Privilegien und hohen Gehältern ganz gut eingerichtet mit diesem Schweinesystem und verraten mit ihrer „Sozialpartnerschaft“ ihre Klasse. Das hat aber auch dazu geführt, dass Streiks und andere ursprünglich revolutionäre Kampfformen der Arbeiter\_Innenklasse neuen Aktivist\_Innen gar nicht mehr so radikal vorkommen und sie sich dem modern wirkenden Zivilen Ungehorsam anschließen. Unser Ziel muss es aber sein, diese Führungskrise mit einem revolutionären Programm aufzuheben, denn die Macht einer organisierten Arbeiter\_Innenklasse wäre heute größer als je zuvor.



## *Warum wir trotzdem alle zu Ende Gelände müssen*

Große Mobilisierungen sind oft stärkende Momente der dahinterstehenden Bewegung. Die Entschlossenheit, mit der wir bei Ende Gelände vorgehen, gibt uns auch die Erfahrung, dass wir Erfolge auch gegen den Staat prinzipiell erreichen können. In der gemeinsamen Tat können wir dabei über unsere verschiedenen Ansätze diskutieren und sie an der Praxis überprüfen. Fahrt also alle mit uns nach dem Global Strike am 29.11. in die Lausitz und lasst uns dieses Zeichen setzen, auch wenn wir nicht dabei stehen bleiben!

---

# **Dresden 2012: NO PASARAN!**

Am mittlerweile 67. Jahrestag der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg sehen Faschist\_innen aus aller Herren Länder erneut einen Anlass, sowohl Geschichtsrevisionismus zu betreiben, als auch alle anderen Facetten ihres Gedankenguts auf die Straße zu tragen. Vor allem wollen sie jedoch wieder Platz nehmen in der Gesellschaft - wollen sich Akzeptanz verschaffen für ihre Ansichten und den Eindruck erwecken, sie würden ja lediglich eine andere Meinung repräsentieren.

Dass die Meinung von Nazis aber unter keinen Umständen zu akzeptieren, sondern immer und überall zu bekämpfen ist, hat die Geschichte gelehrt - sollte man jedenfalls meinen. Augenscheinlich scheint jedoch genau das Gegenteil der Fall zu sein: Über Jahre hinweg wurden zahlreiche Morde an Migrant\_innen als rassistische Gewalt verleugnet und einen politischen Hintergrund schloss man von vornherein aus. Nicht gerade verwunderlich: Bestand doch für den Staat die Gefahr, in der Öffentlichkeit damit konfrontiert zu werden, mit seinen Agenten und Spitzeln selbst in der Organisation und Finanzierung des rechten Sumpfes verstrickt zu sein.

Der kapitalistische Staat hält sich die Faschisten wie ein Ass im Ärmel, um in

Zeiten von Krisen auf sie zurückgreifen zu können. Vielleicht kann er sich ja ihrer eines Tages noch mal bedienen um die organisierte Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und Parteien zu zerschlagen ...



### **Der Staat als Antifa?**

Dass die Regierung kein Interesse an der Zerschlagung der Nazistrukturen hat, zeigte sich auch in der direkten Aktion am Beispiel Dresden, wo massive Polizeigewalt gegen jene ausging, die verhindern wollten, dass die Faschist\_innen in Deutschland wieder ungehindert marschieren.

Deshalb können wir uns im Kampf gegen Nazis auch nicht auf den Staat verlassen, sondern müssen uns in antifaschistischen Bündnissen selbst organisieren. Der bürgerliche Staat hatte keinerlei Interesse daran, gemeinsam mit der großen Masse an Demonstrant\_innen, die Nazis an ihrem Aufmarsch zu hindern. Im Gegenteil: Er setzt alles daran, ihnen den Weg freizumachen, auch mit Gewalt! Doch wir waren zu viele, zu entschlossen und zu gut organisiert - durch militante Massenaktionen gelang es den Aufmarsch platzen zu lassen und die Nazis stundenlang am Bahnhof zu kesseln.

Auch die Lichterkette, zu der die Bürgermeisterin der Stadt letztes Jahr aufgerufen hatte, trug wohl keineswegs zu dem Erfolg bei. Weitab der Laufroute platzierte man sich zu einem stillen Protest. Diese Art von „Widerstand“ zeigt exemplarisch, was bürgerliche „Antifaschist\_innen“ und sogenannte „Anständige“ dem braunen Pack entgegensetzen haben: Nämlich nichts.

Die sogenannte „Extremismus-Theorie“, die ebenfalls aus diesen Kreisen kommt, tut ihr Übriges dazu. Einzig die Diskreditierung antifaschistischen Protestes und der direkten Aktionen gegen Nazis ist dabei ihr Ziel. Linke

sollen mit Rechten „wissenschaftlich“ begründet gleichgesetzt werden und daher wundert es auch nicht, dass in Zeiten, in denen sich Politiker aller Couleur mal wieder überlegen, wie sie die NPD verbieten können, aus der CSU Stimmen laut werden, die ein Verbot der Partei DIE LINKE fordern.

### **Dresden: Gegen Geschichtsrevisionismus!**

Dass die Nazis mit ihrem üblichen Propagandamüll versuchen, die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten als Holocaust darzustellen, ist eine Sache. Die andere Seite des propagandistischen Unfugs bilden die sogenannten Antideutschen, die sich fälschlicherweise als Antifas bezeichnen. Für sie sind die Deutschen per se ein sogenanntes Tätervolk und daher feiern sie den Bombenkrieg der Alliierten als große antifaschistische Aktion.

Das ist totaler Nonsense, denn imperialistischer Bombenterror gegen Zivilbevölkerung - ob in Dresden, in Bagdad oder in Teheran - hat mit Antifaschismus nichts zu tun und rassistische Ideologien, wie die des Tätervolks, haben in linken und kommunistischen Strukturen nichts zu suchen.

### **Einheit in der Aktion!**

Um den Faschisten auch dieses Jahr wieder das Leben zur Hölle zu machen, brauchen wir die antifaschistische Einheitsfront, in der sich alle Antifaschist\_innen, Migrant\_innen, Kommunist\_innen, DGB-Gewerkschafter\_innen und Sozialdemokrat\_innen aus SPD und Linkspartei organisieren, denn sie sind und waren immer Opfer des Faschismus. Sie sind diejenigen, die keine Hilfe vom bürgerlichen Staat erwarten können, also müssen sie begreifen, dass es auf die Einheit in der Aktion gegen den Faschismus ankommt. Wir rufen dazu auf, auch dieses Jahr wieder nach Dresden zu fahren, Faschist\_innen zu blockieren und sie als große Masse militant zu bekämpfen!

Who's streets? Our streets! SMASH FASCISM!

- Naziaufmärsche blockieren, vertreibt die Faschist\_innen mit

militanten Massenaktionen von der Straße!

- Gegen Faschist\_innen können wir uns nicht auf die Polizei verlassen. Für das Recht auf Schaffung von Selbstverteidigungsstrukturen der Arbeiter\_innen, Jugendlichen, Migrant\_innen und der ansässigen Bevölkerung!
- Kämpfen wir gemeinsam gegen Rassismus, Homophobie, Sexismus, Nationalismus und Faschismus! Gleiche Bürgerrechte für alle, unabhängig von ethnischer Herkunft, Nationalität oder Religion!
- Für eine multiethnische, internationale Bewegung der Arbeiter\_innen und Unterdrückten gegen den globalen Kapitalismus - für den Aufbau einer revolutionären Internationale der Arbeiter\_innenbewegung und der Jugend!

Gemeinsam auf nach Dresden - Kein Fußbreit den Faschisten!

